

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Strömbreier, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitzeile ober deren Raum 1 Mk.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 30 Pfg.

Marx und die Gewerkschaften.

Von Adolf Braun.

In einer Zeit der schwersten Krise des Marxismus fällt der hundertste Geburtstag von Karl Marx. Die bürgerlichen Gelehrten und ihre Nachbeter haben seit 50 Jahren erklärt, daß Marxens Theorien Irrlehren sind, daß sie von falschen Voraussetzungen ausgehen, nach unrichtiger Methode ausgearbeitet sind und zu falschen und gefährlichen Ergebnissen führen. Mehr als hundertundeine Schrift in deutscher Sprache, mehr als tausendundeine Schrift in allen Kultur Sprachen sind erschienen, um immer wieder Karl Marx, den doch schon tausendmal vorher längst Ueberwundenen, zu widerlegen. Doch lebte die Marxsche Lehre und wirkte, wenn auch wenig unmittelbar, so doch aus vielen Zeitungen und Schriften immer wieder von neuem auf die Arbeiter. So wurde der Marxismus zu einer gewaltigen geistigen Macht, obgleich die Werke von Karl Marx von den Arbeitern und auch von vielen ihrer Führer nicht gelesen worden waren, nur auf Umwegen und in nicht immer klarer Uebersetzung die Arbeiter geistig beeinflussten. Was in seinen berühmten „Sinngedichten an den Leser“ Lessing von Klopstock sagt, gilt auch von Marx:

Wer wird nicht einen Klopstock loben?

Doch wird ihn jeder lesen? — Nein.

Wie wollen weniger erhaben

Und fleißiger gelesen sein.

Und doch ist das, was von Klopstock gilt, nicht einfach auf Marx zu übertragen. Die Klopstock in den Schatten stellen, überragen ihn turmhoch. Karl Marx hat keine Schüler und keine Gegner, die ihn veressen machen lassen könnten. Doch wird er leichtin als überwunden bezeichnet, nicht bloß wie früher von den Verfechtern der bürgerlichen Ordnung, sondern auch von so manchem Vertreter der Arbeiterinteressen. Viele absprechende Worte über Karl Marx und seine Lehren konnte man in der Kriegszeit lesen. So mancher, der Karl Marx für überwunden erklärt hat, mußte, wenn er die Hand aufs Herz legt, eingestehen, daß er Marx niemals gelesen hat und nur aus nicht immer einwandfreien Quellen weiß, was Marx im allgemeinen und über die Gewerkschaften im besonderen schrieb.

Wie leben in einer Zeit der schwersten geistigen Erschütterungen, noch deutlicher sind die seelischen Erschütterungen, die uns alle, auch die starknervigsten, erbeben lassen, so wenig man nach außen auch zeigen will, wie stark man unter dem Kriege litt und leidet. Ausnahmeweise Verhältnisse hat der Krieg gezeitigt. Es gibt niemand, der während des Krieges in sicheren Bedingungen lebt wie im Frieden, und dem nicht die eigene Zukunft wie die der Organisation, in denen er wirkt, dunkel erscheint. Der Krieg hat gewaltig viel geändert und wird auf die Zukunft aller heute Lebenden bis zu ihrem Tode nachwirken. Ebenso werden alle Organisationen, die kulturellen wie die wirtschaftlichen, die Nachwirkungen des Krieges dauernd empfinden. Daraus erwächst die Ueberzeugung, daß wir zu ganz neuen Theorien, zu einer völlig geänderten geistigen Wappnung kommen müssen. Deshalb entsteht der Gedanke, daß die Theorien und Methoden von Karl Marx, daß die Ausgangspunkte seines Denkens wie die Zielsetzungen seines Lebens überholt sind.

Selbstverständlich sind wir der Meinung, daß auch die Marxschen Theorien etwas geschichtlich geworden sind und durch den Gang der Geschichte einmal überholt sein werden. Aber je länger der Krieg dauert, desto weniger wird der Schreiber dieser Ausführungen davon überzeugen, daß der Krieg bewiesen hätte, daß die Marxschen Lehren überholt seien, und daß sie die Arbeiter auf falsche Wege führen. Trotzdem soll man auf die Worte von Karl Marx eben so wenig schwören wie auf die der Bibel. Natürlich hat sich die kapitalistische Gesellschaft in den 34 Jahren, die seit dem Tode von Karl Marx verlossen sind, ganz gewaltig entwickelt. Aber diese Entwicklung hat nicht Karl Marx Oligen gestraft. Im Gegenteil ist zu bewundern, wie sehr Karl Marx die großen Sätze dieser Entwicklung vorausgesehen hat. Im Gegensatz zu vielen Sozialisten ist der Schreiber dieser Ausführungen der Ueberzeugung, daß die von Karl Marx vorausgesehene Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu ihren Höhepunkten durch den Krieg, vor allem durch die Nachwirkungen des Krieges in überraschender Weise beschleunigt werden dürfte. Von Karl Marx rührt das Wort her, daß die Kriege die Solomoliven der Weltgeschichte sind.

Wie man sich auch zu Karl Marx während und nach dem Kriege stellt und gestellt haben mag, so bleibt die Größe seiner geschichtsphilosophischen Auffassung, seine Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung wie seine Analyse des modernen Kapitalismus bestehen. Man sieht nur die Oberfläche, wenn man behauptet, daß der Einfluß von Karl Marx während des Krieges sehr stark zurückgegangen ist, tatsächlich hat gerade in bürgerlichen wissenschaftlichen Kreisen der Kriege manches bedeutungsvolle Erkenntnis zu Marx veranlaßt. Dies alles mußte gesagt werden, weil wir den hundertjährigen Geburtstag von Karl Marx begehen im vierten Jahre des Weltkrieges, in einer Zeit der tiefsten Erschütterung aller Mächten und Parteien, aller Traditionen und aller Zukunftshoffnungen, und weil wir in einer Zeit die

schreiben, wo gar viele von uns glauben, daß in dem Weltgewitter des ungeheuerlichsten Krieges eine ganz neue Zeit anbricht, in der man vom Grunde aus alles erbauen soll, wobei möglichst wenig altes Material zu verwenden sei für die Aufrichtung des erstrebten harmonischen Baues der Zukunft.

Der gerühmteste und verdächtigste Mann des letzten Halbjahrhunderts war Karl Marx. Es gibt gar viele, die ihn auch des mangelhaften Verständnisses für die Gewerkschaften geziehen haben, die aus seinen Lehren ableiteten, daß die Kämpfe der Gewerkschaften zwecklos seien. Wer Karl Marx' Schriften selbst kennt, wird diese Meinung nicht teilen. Er wird wissen, daß Karl Marx die größten Hoffnungen auf die Gewerkschaften gesetzt, daß er mit den Führern der englischen Gewerkschaften engere Beziehungen gepflogen hat als irgendein deutscher Sozialdemokrat. Seine wichtigsten Schüler, Liebknecht und Nebel, begründeten die internationalen Gewerkschaften auf dem Nürnberger Arbeitertage von 1868, der in seinen wirtschaftlichen Anschauungen weit mehr von Marx als von Lassalle beeinflusste Jean Papiest von Schweizer war der Gründer der Arbeiterkassen. So gehen die beiden Vorläufer der heutigen deutschen Gewerkschaftsbewegung auf Schüler von Karl Marx zurück.

Karl Marx hat die englischen Gewerkschaften als die Preisfechter der Arbeiterklasse gerühmt.

Verständlich ist uns in den Zustand zu denken, daß aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung die unmittelbaren und mittelbaren Einflüsse von Karl Marx gestrichen werden könnten, so würde vieles fehlen in der Gedankenwelt und auch in den Ausgangslinien gewerkschaftlicher Wirksamkeit.

Heute über die Gewerkschaften ein Urteil abzugeben, ist leicht! Würde man in der Gewerkschaftswelt von nichts anderem von Karl Marx, als daß er schon vor mehr als 70 Jahren mit Engels die Bedeutung der Gewerkschaften erkannt hat, daß sie die ersten Deutschen waren, die empfanden, was die Gewerkschaften sind und sein sollten, so würde das allein genügen, um ihre große Bedeutung für die Gewerkschaftsgeschichte klarzustellen. Friedrich Engels, den von Marx zu trennen völlig vergeblich ist, hat schon in seinem klassischen Werk „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ auf die Bedeutung der Gewerkschaften hingewiesen. Bald darauf hat sich Karl Marx in seiner berühmten Streitschrift „Das Elend der Philosophie“ über die Gewerkschaften auseinandergesetzt mit Proudhon, den die Anarchisten als einen ihrer geistigen Väter rühmen, während er nie mehr als ein Kleinbürgerlicher Sozialist war. Marx schrieb vor mehr als 70 Jahren:

„Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsamen Interesses gegenüber ihrem Meister vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes (Koalition). Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maße, als die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression (Zurückweisung der Forderungen) vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen (Verbündungen) notwendiger für sie als die des Lohnes. Das ist so wahr, daß die englischen Oekonomen ganz erstaunt sind, zu sehen, wie die Arbeiter einen großen Teil ihres Lohnes zugunsten von Assoziationen opfern, die in den Augen des Oekonomen nur zugunsten des Lohnes errichtet wurden. In diesem Kampf — ein veritabler Bürgerkrieg — vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkt angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an.“

Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Über der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“

Auch im kommunistischen Manifest finden sich die gleichen Gedanken: im „Kapital“ spricht Marx von den Leistungen der Gewerkschaften, in dem Briefwechsel zwischen Engels und Marx finden wir ihn als Beobachter der Gewerkschaften, vor der Schaffung der Gewerkschaften in Deutschland nicht er Jean Papiest von Schweizer das Verständnis für die Gewerkschaften beizubringen. Bei der Gründung der marxistischen sozialistischen Partei der „Eisenacher Richtung“ wird sofort Propaganda gemacht für die Schaffung der Gewerkschaften, für die „internationalen Gewerkschaften“. Die folgende Felle, in denen Marx mit deutschen Arbeitern zusammenkommt, benutzt er, um ihr Interesse an den Gewerkschaften zu steigern. Die Kongresse der internationalen Arbeiterassoziation, in den Karl Marx' Gedanken kräftig zum Ausdruck kamen, wirkten für die Erkenntnis der Gewerk-

schaften, ihre Bedeutung, ihre Notwendigkeiten. Mit den englischen Gewerkschaftsvertretern hat Karl Marx, bis sie ganz in die Burgwerkschaftertum versanken, engste Fühlung gehalten. Hand in Hand mit den Vertretern der englischen Trades Union hat Karl Marx die internationale Arbeiterassoziation gegründet, die in lebhafter Weise die gewerkschaftliche Organisation in allen Ländern lebendig zu erhalten und trotz ihrer schwachen finanziellen Mittel die Arbeitseinstellungen nicht nur mit Ratschlägen und Aufrufen, sondern auch mit Geld zu unterstützen wußte.

Es würde mehr Raum erfordern, als dieses Fachblatt gestattet, wollten wir versuchen, alles anzuführen, was Karl Marx für die Gewerkschaften schrieb, und wie er für sie wirkte. Wir müssen uns deshalb nur auf wenig beschränken. Zwei Jahre, bevor in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung einsetzte, schon bevor es in Deutschland ein Koalitionsrecht gab, beschloß der Genfer Kongreß der Internationalen anfangs September 1866 eine Resolution, deren erster Absatz ganz so lautet, als wenn er heute, wo wir 50 Jahre Erfahrungen der Gewerkschaften besitzen, geschrieben wäre:

„Das unmittelbare Ziel der Gewerkschaften beschränkt sich auf die notwendigen täglichen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, als ein Mittel der Abwehr gegen die unaufhörlichen Uebergriffe des Kapitals, mit einem Wort, auf die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht nur berechtigt, sie ist notwendig. Sie ist unentbehrlich, solange das heutige System fortbesteht. Im Gegenteil, sie muß verallgemeinert werden durch die Gründung und die Zusammenfassung von Gewerkschaften in allen Ländern.“

Karl Marx ist für die Gewerkschaften durchaus nicht nur und nicht vor allem wichtig, weil er früher als alle anderen Männer, die in deutscher Sprache geschrieben haben, die Bedeutung der Gewerkschaften mit prophetischem Auge vorausgesehen hat, und weil er als Mann der Wissenschaft wie als praktischer Politiker, als Gründer der Internationale wie als Freund der englischen Gewerkschaften und als Berater der deutschen Arbeiterbewegung für die Gewerkschaften gewirkt hat. Nicht minder wichtig ist für die Gewerkschaften, daß Karl Marx die Wichtigkeit der Arbeiterschutzesgebung und der Sozialpolitik immer wieder betont hat. Der erste Band seines „Kapital“ enthält die erste wertvolle Geschichte der Arbeiterschutzesgebung. Auch zahlreiche Bemerkungen über die Arbeiterschutzesgebung in anderen europäischen Ländern und auch in Amerika findet man im „Kapital“. Ganz im Gegensatz zu der Auslegung, die seine „Verelendungstheorie“ gefunden hat, verlangt er die Arbeiterschutzesgebung für die körperliche und die sittliche Wiedergeburt der Fabrikarbeiter. Bis zur Stunde ist nichts Besseres über die Verkürzung der Arbeitszeit und zur Begründung des Maximalarbeitstages geschrieben worden, als von Karl Marx im ersten Band des „Kapital“. Er sagte z. B.: „An Stelle des prunkvollen Katalogs der „unveräußerlichen Menschenrechte“ tritt die bescheidene Magna Charta (Das Grundrecht) eines gesetzlich beschränkten Arbeitstages, die endlich Harmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet, und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt.“ Für die Verallgemeinerung der Arbeiterschutzesgebung hat er ununterbrochen geschrieben und gewirkt. Die Rolle der Frau in der Bestimmung des Arbeitslohnes hat Karl Marx herausgearbeitet und Bedeutung wie Gefahren der Kinder- und der Frauarbeit für zahlreiche Industrien klargestellt.

All das führt uns darauf, daß uns Marx am klarsten den ganzen Aufbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erkennen ließ. Ihm verdanken wir das Verständnis für das Wesen der Fabrik, für die wesentlichen Bedingungen des Fabrikbetriebes, für die klare Unterscheidung von Handwerk, Manufaktur und Fabrik.

Marx zeigte die ganze Entwicklung der gewerblichen Tätigkeit, wie sich die überwundenen Wirtschaftsepochen von den lebendigen unterscheiden. Von Marx haben wir gelernt, daß in der Volkswirtschaft nichts ewig ist, daß keine Naturgesetze die Wirtschaft bedingen, sondern historische Gesetze, die durch die sich ändernden Produktionsbedingungen bedingt sind, und die wirtschaftliche Entwicklung und damit die ganze Gesellschaftsordnung bestimmen.

Wohin Marx' Blick gerichtet war, ob er durch das Dunkel der Vergangenheit drang, ob er klar ihre Gesetze erkannte, wenn er die heutige Wirtschaft umschrieb, das Verhältnis des Mehrwert amneignenden Unternehmers und des Lohnarbeiters aufzeigte, ob er uns die Wege erhellte, die der Kapitalismus in der Zukunft einschlagen wird, immer sehen wir in Karl Marx für alle Arbeiter und nicht zuletzt für die Gewerkschaften einen gewaltigen Meister der Wissenschaft, einen alle Vorgänger und Zeitgenossen übertragenden Führer der Arbeiterbewegung, obgleich er unter tiefstem Elend und schmerzlicher Not zu leiden hatte. Stolz, daß er ein Deutscher war, freuen wir uns erst recht, daß er den Arbeitern der ganzen Welt, auch nun noch lebendig wie je, die Fadel voranträgt für die Befreiung der Arbeiterklasse aus körperlicher und geistlicher Not, aus wirtschaftlicher Unfreiheit, daß er die Arbeiterklasse aller Länder führt zu schönen und herrlichen Tagen, in denen der Arbeit in einer sozialistischen Gesellschaft ihr voller Anspruch auf höchstes kulturelles Dasein befriedigt wird.

Zwei sozialpolitische Gesetzentwürfe.

Die Regierung hat endlich ihr Versprechen eingelöst; dem Reichstag sind zwei Gesetzentwürfe zugegangen, von denen der eine die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, der andere die Einföhrung von Arbeitskammern bezweckt. Der erstgenannte Gesetzentwurf ist sehr kurz; er lautet: „Der § 153 der Gewerbeordnung wird aufgehoben.“ In der Begründung wird offen zugestanden, daß der § 153 der Gewerbeordnung ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter und ihre Organisationen ist. Wenn er sich auch in der Form gleichmäßig gegen Arbeitgeber wie gegen Arbeitnehmer richtet, so trifft er doch tatsächlich fast ausschließlich die Arbeiter, da den Arbeitgebern andere Zwangsmittel zur Verfügung stehen, um widerstrebende Berufsgenossen zur Gefolgschaft zu zwingen. Die Begründung hätte weitergehen und hinzufügen können, daß auch die Rechtsprechung den § 153 als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter betrachtet hat. In vielen Fällen sind offensichtliche Verstöße der Unternehmer gegen den § 153 nicht verfolgt worden. In den seltenen Ausnahmefällen, in denen die Unternehmer Anklage erhoben wurde, fiel das Urteil gewöhnlich milde aus, ganz im Gegensatz zu der ausschließlichen Härte der Urteile, die sich gegen angeklagte Arbeiter ergaben.

Es steht zu erwarten, daß der Reichstag die Aufhebung des § 153 beschließen wird, trotz des wütenden Ansturms, den die Unternehmerorganisationen und ihre Presse gegen die Beseitigung dieses Ausnahmegesetzes unternehmen. Die Zukunft der Industrie wird in den schwärzesten Farben geschildert, wenn die schikanöse Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter aufgehoben wird. Natürlich ist das eitel Spiegelscherelei, gegen die es nicht lohnt, ernsthaft zu polemisieren. Auch nach der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung bleiben noch genügend Fesseln für die Betätigung der Gewerkschaften. Gegen die allgemeinen Strafbestimmungen zum Schutz der persönlichen Freiheit, die auch dem Streikbrecher einen hinreichenden Schutz gewähren, wollen wir uns gar nicht wenden, aber die Freunde des § 153 wollen den besondern strafrechtlichen Schutz für die traurigen Subjekte, die aus den niedrigsten Motiven ihren kämpfenden Arbeitsgenossen in den Rücken fallen, erhalten wissen.

Die Straftaten, die in § 153 der Gewerbeordnung genannt werden: Körperlicher Zwang, Drohung, Ehrverletzung und Berufserklärung, werden durch die allgemeinen Strafgesetze mit Strafen bedroht. Der § 153 sieht aber besondere und härtere Strafen vor, wenn sich diese Gesetzesverletzungen gegen Streikbrecher richten. Während die allgemeinen Strafgesetze in der Regel bei den fraglichen Vergehen die Verfolgung von dem Strafantrag des Verletzten abhängig machen, der bis zur Hauptverhandlung zurückgezogen werden kann, übernimmt, wenn ein Streikbrecher der Verletzte ist, der Staatsanwalt die Strafverfolgung von Amts wegen. Die sehr zweifelhafte Ehre des Streikbrechers erkaufte sich durch den § 153 der Gewerbeordnung einen Schutz, der in gewisser Hinsicht noch über den Schutz hinausgeht, den das Strafgesetz den Landesfürsten gewährt. Die Strafverfolgung wegen Majestätsbeleidigung ist in bestimmten Fällen von der Zustimmung des Verletzten abhängig. Der Streikbrecher braucht sich in dieser Hinsicht nicht zu bemühen, für ihn tritt der Staatsanwalt ein.

Der § 153 bedroht auch die Werbung von Mitgliedern für die Gewerkschaften, wenn hierbei etwa über die Grenzen freundschaftlichen Zuredens hinausgegangen wurde. Dabei erblühten Staatsanwälte und Gerichte oft Bedrohungen und Ehrverletzungen in Redewendungen, in denen der gesunde Menschenverstand etwas Widerrechtliches beim besten Willen nicht entdecken konnte. Der Wortlaut der Gesetzesbestimmungen macht unsere Gewerkschaften zu Organisationen, die nur widerwillig geduldet werden. Das Gesetz schlägt die Gewerkschaften nicht, es gewährt ihnen Schuttschutz gewissermaßen einen Freibrief. Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen gilt, soweit es sich um Unternehmer handelt, als eine Tätigkeit, die vom Staat gefördert werden muß. Gewissen Standesvertretungen, wie den Ärzten, Offizieren usw., ist durch die Gesetzgebung eine Gerichtsbarkeit eingeräumt, die mit strengen Strafen gegen Standesgenossen einschreitet, welche die Standesehre verletzten. Die gleiche Tätigkeit, nämlich die Wahrnehmung des wirtschaftlichen Vorteils und das Einschreiten gegen Standesgenossen, welche die gemeinsamen Interessen verletzen, ist den Arbeiterorganisationen verwehrt. Haben sich Angehörige anderer Bevölkerungsklassen bei der Wahrnehmung der angebotenen Interessen gegen die Gesetze vergriffen, dann gilt der von ihnen verfolgte Zweck als strafmildernd, oder er macht sie sogar straflos. Dagegen erachtet die Justiz die Wahrnehmung der gemeinsamen Arbeiterinteressen als ein die Strafbarkeit besonders verletzliches Element.

Durch die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung wird vielleicht auch die Rechtsprechung ein wenig von ihrer Vereinnahmung gegen die Gewerkschaften abkommen. Vielleicht sogar ist das nicht. Nach wie vor bleibt den Gewerkschaften der Rechtschutz verweigert; der zweite Absatz des § 153 bleibt bestehen. Jedem Zeilnehmer einer Vereinigung oder Versammlung zum Zwecke der Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen bleibt der jederzeitige Austritt frei, ohne daß dagegen Klage oder Einrede stattdessen. Es bleiben auch die Bestimmungen des Strafgesetzes, die den § 253 (Strafgesetzbuch) in Kraft, durch deren gekünstelte Auslegung eine dem Rechtsgesetz widersprechende Beurteilung von Arbeitern erzielt werde, die keine strafbare Handlung begangen hatten.

Wir begrüßen die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, doch müssen wir warnen, daran zu weitgehende Forderungen zu knüpfen. Es bleiben noch genug arbeitgeberfeindliche Gesetzesbestimmungen in Kraft, mit welchen eine schmerzliche Justiz, wie die Erfahrung lehrt, noch sehr viel Unrecht tun kann.

Der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes, der dem Reichstag zugegangen ist, unterscheidet sich sehr wesentlich von dem Gesetzentwurf, den die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gemeinsam gegen Ende vorigen

Jahres an Bundesrat und Reichstag eingereicht haben, und von dem das „Correspondenzblatt der Generalmission“ glaubte, daß er dazu ausersehen sein werde, als Grundlage für die Beratungen des Reichstages zu dienen. Der neue Entwurf lehnt sich eng an den unerselbdt gebliebenen Regierungsentwurf vom Jahre 1910 an. Statt der territorialen Gliederung der Kammern bringt er die berufliche. Das Verlangen der Gewerkschaften, daß die Arbeitervertreter zur Vertretung reiner Arbeiterinteressen allein zusammentreten können, läßt der Entwurf unberücksichtigt. Er will die Abschwächung der Angelegenheiten von den Arbeitern fördern durch Errichtung besonderer Angestelltenkammern für Betriebsbeamte, Wertmeister, Techniker, Handlungsgehilfen und Lehrlinge. Unerwünscht geblieben ist das Verlangen, durch das Arbeitskammergesetz die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes geschaffenen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsteile zu dauernden Einrichtungen zu machen. Ein etwas bedeutliches Zugeständnis bedeutet die Unterstellung der Verkehrsanstalten des Reichs und der Bundesstaaten unter das Arbeitskammergesetz dadurch, daß die Arbeiterausschüsse zu Arbeitskammern erklärt werden können. Der Entwurf vom Jahre 1910 ist hauptsächlich daran gescheitert, daß die Regierung die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre in die Arbeitskammern nicht zugestehen wollte. In dieser Beziehung sind jetzt Konzessionen gemacht, aber nur zurückhaltend. Nur je ein Viertel der Vertreter in den Arbeitskammern dürfen Arbeiter- bzw. Unternehmersekretäre sein.

Wir werden uns mit dem Gesetzentwurf über die Arbeitskammern, der die Interessen der Arbeiter auf das lebhafteste berührt, noch eingehend beschäftigen. Vorerst muß man sagen, daß dieser Entwurf eine starke Enttäuschung ist. Er wird im Reichstag noch eine sehr gründliche Umarbeitung erfahren müssen, wenn er für die Arbeitererschaft schmachhaft werden soll.

Soziales.

Die neuen Steuern.

Die wichtigste Aufgabe des nach den Osterferien am 16. April wieder zusammengetretenen Reichstages ist die Prüfung des neuen Steuerbündels, mit welchem das deutsche Volk beglückt werden soll. Um die Stimmung für die Kriegsanleihe nicht zu beeinträchtigen, hat man mit der Vorlegung der neuen Steuerpläne bis zum Schluß des Zeichnungstermins gewartet. In der Tat bedeuten die elf Gesetzentwürfe, die das Steuerbündel des Reichsschatzsekretärs bilden, etwas ganz Ungeheuerliches. Nicht nur wegen der Höhe der angeforderten Summen, sondern in weit höherem Maße wegen der Quellen, aus denen sie geschöpft werden sollen.

Der Reichsetat für 1918/19 schließt mit einem Defizit von 2875 Millionen ab, zu dessen Deckung die neuen Steuern bestimmt sind. Es handelt sich um Summen, die für die Verhältnisse der Friedenszeit ganz ungeheuerlich klangen. Man hat sich aber während des Krieges an große Zahlen gewöhnt, und diese neuen Steuervorlagen sind noch lange nicht die letzten ihrer Art. Man muß sich darauf gefaßt machen, daß in nicht zu ferner Zeit weitere Steuervorlagen kommen. Das Reich braucht noch viel Geld, um die Zinsen der Kriegsanleihen zu zahlen, um diese selbst allmählich abzutragen und die gewaltigen kulturellen Aufgaben zu lösen, die keiner nach dem Kriege harren.

Das beispiellos große Ergebnis der letzten Kriegsanleihe ist ein Beweis dafür, daß Geld vorhanden ist. Der Krieg war für gewisse Volkskreise eine großartige Gelegenheit zum Geldmachen. Die Geldströme der Besitzenden können den Segen, der ihnen zufließt, kaum fassen. Was läge näher, als den Geldbedarf des Reiches dort herzunehmen, wo er am leichtesten gefunden werden kann: von den Kriegsgewinnern, von den Besitzern der großen Kapitalien, die ihre Schätze während des Krieges ins riesenhafte vermehrt haben. Das Reichsschatzamt denkt in dieser Hinsicht anders. Es will das Kapital von der unangenehmen Steuerpflicht noch Möglichkeit verschonen. Die Masse muß es bringen, ist immer noch der Grundsatz der Finanzverwaltung. Und so will man die bei dem jetzigen Fischzug als notwendig erachtete Steuersumme in der Hauptsache aus Abgaben aus dem Verkehr und dem Verbrauch der breiten Masse decken.

In dem neuen Steuerprogramm des Reichsschatzsekretärs ist von sozialem Geist keine Spur zu entdecken. Wenn die Steuern als Maßstab für die künftige Reorientierung gelten können, dann ist es um diese sehr schlecht bestellt. Das Steuerprogramm ahmet völlig den Geist des Vor-August. Wie vor dem Kriege, ist der leitende Gedanke dieser Steuer-gesetzgebung, die Bedürfnisse des Reichs in der Hauptsache durch indirekte Steuern zu decken, welche die breite Masse belasten. Die Gerechtigkeit verlangt allerdings, anzuerkennen, daß der Reichsschatzsekretär nicht die alleinige Schuld an diesen Dingen trägt. Sie sind eine unheilvolle Folge der deutschen Kleinstaaterei, die sich wie bei so vielen Gelegenheiten, so auch in der Steuer-gesetzgebung zum Schaden des Gemeinwesens bemerklich macht. Es ist ein ungehöriges Versehen, über das jedoch die einzelstaatlichen Regierungen mit peinlicher Sorgfalt wachen, daß die direkten Steuern den Bundesstaaten vorbehalten bleiben, während das Reich sich mit indirekten Steuern behelfen muß. War dieser Grundsatz schon vor dem Kriege unbegründet, so hat er jetzt, wo das Reich solch riesiger Mittel bedarf, jede Berechtigung verloren. Vom Reichstag muß erwartet werden, daß er das unsoziale Steuerprogramm der Reichsregierung so umgestaltet, daß es billigen Anforderungen der Gerechtigkeit entspricht.

Das Steuerprogramm umfaßt ein Branntweinmonopol, ferner Gesetze über die Besteuerung des Bieres, des Weins, des Schaumweins, der Mineralwässer und der alkoholfreien Getränke, die Erhöhung der Reichsabgabe von den Post- und Telegrammgebühren, ein Gesetz über die Kriegsteuer der Gesellschaften, eine Änderung des Stempelgesetzes und des Wechselstempelgesetzes, ein Umsatzsteuer-gesetz und schließlich ein Gesetz gegen die Steuerflucht.

Von diesem ganzen Steuerbündel bringt nur der Kriegsteuer der Gesellschaften eine Belastung des Besitzes. Die Aktiengesellschaften usw. sollen nicht etwa von ihrem Gewinn, sondern nur von dem Uebergewinn der Kriegszeit eine Abgabe entrichten. Diese Besteuerung des Besitzes soll aber nur eine einmalige Steuer sein, während die Steuern auf den Konsum und den Verbrauch natürlich als dauernde Einrichtungen gedacht sind. Bestimmen kann man dem Gedanken, der dem Gesetz gegen die Steuerflucht zugrunde liegt; dadurch soll verhindert werden, daß reiche Leute sich durch die Verlegung ihres Wohnsitzes ins Ausland der Steuerpflicht entziehen. Alle andern Vorlagen müssen aber ernsteste Bedenken wachrufen.

Das Branntweinmonopol wird, wenn es Gesetz werden sollte, nicht das einzige Monopol bleiben. Die Vorlage hat natürlich ihren agrarischen Wurzeln. Die Erzeugung von Spiritus wird nicht monopolisiert. Die private Branntweinbrennerei und in Verbindung damit die Politik der Liebesgaben an die Agrarier bleiben erhalten. Nur die Verarbeitung des Spiritus zu Trinkbranntwein und der Handel damit wird dem Reich vorbehalten. Natürlich wird dadurch der Schnaps sehr verteuert werden. Der Gedanke, durch die Verteuerung von Schnaps, Bier und Wein den Alkoholismus zu bekämpfen, könnte an sich sympathisch berühren, doch werden dabei manche berechtigten Interessen verletzt. Den Steuermachern liegen aber solche moralischen Erwägungen fern. Die Alkoholsteuer soll Geld bringen, es würde also den Zwecken der Gesetze nicht entsprechen, wenn durch sie der Alkoholkonsum erheblich beschränkt würde. Um das zu verhüten, sind auch die Steuern auf die alkoholfreien Getränke vorgeschlagen. Für natürliche und künstliche Mineralwässer und für Limonaden soll eine nicht zu knapp bemessene Steuer erhoben werden, die z. B. für eine Flasche Limonade bis zu einem halben Liter 6 Pf., bei mehr als einem halben Liter bis 1 Liter 12 Pf. beträgt. Diese Steuer kann nur den Zweck haben, den Alkoholverbrauch möglichst hoch zu halten.

Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade sind von der Einfuhr zeitweilig ausgeschlossen. Man will aber jetzt schon Vorkehrungen treffen, daß sie künftig nicht etwa zu billiger werden, deshalb werden die Zölle auf diese Artikel bedeutend erhöht. Wertwürdigerweise ist eine Steuer auf Kaffee-Erträge noch nicht vorgesehen. Das wird aber wohl noch kommen, wenn etwa Kaffeeernte oder ähnliche interessante Getränke dem Alkohol ernstlich Konkurrenz machen sollten.

Durch die neuen Postabgaben werden die Postgebühren und die Telegrammgebühren sehr stark erhöht. Die Fahrpreise der Eisenbahnen kommen hier nicht in Betracht. Diese bestimmt der preussische Eisenbahnminister selbstherrlich, ohne daß ihm der Reichstag oder auch nur der preussische Landtag ein Wort dazuzurechnen hätte. Deshalb ist auch die Fahrpreiserhöhung so glatt vonstatten gegangen. Ebenso wie die Eisenbahnfahrpreiserhöhung und die Erhöhung der Postgebühren richten sich auch die neuen Stempelsteuern gegen den Verkehr. In weit höherem Maße noch trifft das auf die Umsatzsteuer zu. Diese ist im Jahre 1916 eingeführt worden und belastet den gesamten Warenverkehr mit 1 vom Tausend. Künftig soll die Umsatzsteuer 5 vom Tausend betragen, und sie soll eine „Veredelung“ erfahren dadurch, daß Luxuswaren eine erhöhte Umsatzsteuer zahlen. So beträgt die Umsatzsteuer bei Edelmetallen, Perlen und Edelsteinen 20 Prozent des Kaufpreises. Andere Luxusgegenstände, zu denen unter anderem auch Flügel, Klaviere und Harmoniums gehören, sollen 10 Prozent des Wertes als Umsatzsteuer zahlen.

Die Rubrizierung der Musikinstrumente unter die Luxusgegenstände, die mit einer so gewaltigen Umsatzsteuer belastet werden, weist darauf hin, wie bedenklich der Gedanke der Luxussteuern überhaupt ist. Es ist leicht voraus-zusehen, daß eine solche steuerliche Belastung den Verbrauch stark einschränken muß zum Schaden der Industrie und zum Schaden der Arbeiter. Wenn man die Leute steuerlich treffen will, die Geld für Luxuswecke ausgeben können, dann soll man das tun durch eine kräftige Besteuerung der Vermögen und der hohen Einkommen. Von diesem Gedanken hält sich aber das Steuerbündel der Regierung sorgfältig fern.

Aus der ersten Lesung im Reichstag läßt sich noch kein bestimmter Schluß auf die Gestalt ziehen, in welcher die Steuervorlagen schließlich Gesetz werden. Daß uns neue Lasten aufgedrückt werden, ist gewiß; zu wünschen ist nur, daß sie gerecht verteilt und nicht etwa wieder die tragfähigen Schultern gesont werden zum Nachteil der breiten Masse der Verbraucher.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 18. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 660859 Max Buchholz, Dschl., geb. 30. 12. 82 in Grammen.
- 753015 Joh. Held, Tischler, geb. 26. 2. 61 in Wien.
- 783551 Joh. Neger, Sägereiarb., geb. 4. 11. 58 in Süßenbach.
- 786384 Max Bier, Tischler, geb. 9. 4. 79 zu Belsch.

Verfür EO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Düsseldorf. Die Mitglieder unserer Zählstelle beschäftigten sich in der ordentlichen Quartalsversammlung am 16. April mit der hier herrschenden Wohnungsnot. Die Frage war vorher im Gewerkschaftsartikel behandelt worden. Dort hatte der Anzeigenteil des Metallarbeiterverbandes, Jäger, zwei Vorträge über dieses Thema gehalten und den Anschluß an den Düsseldorfer Bau- und Spar-

Ehrentafel

der im Kriege gefallenen Verbandmitglieder

Der Ortsname bedeutet die Wohnort, wobei der Kollege zuletzt angegeben hat.

Paul Aldermann, Aorbun., Corbetha.
 Alois Albert, Tischler, Chemnitz.
 Paul Angermann, Holzarb., Eilenburg.
 Wilhelm Angerer, Tischler, Berlin.
 Frh. Baltasar, Stellm., Breslau.
 Paul Barthel, Tischler, Halle.
 Ernst Brauner, Tischl., Freiburg i. Schl.
 Anton Buchner, Tischler, Berlin.
 Karl Becker, Tischler, Waldheim.
 Bernhard Behne, Oldenburg.
 Rudolf Berthold, Tischler, Jena.
 Paul Bethe, Frankfurt a. M.
 Alfred Wiener, Rittenh., Niedersiedlitz.
 Christian Birker, Würstenn., Nürnberg.
 Louis Bohleier, M. A., Bietigheim.
 Richard Böhm, Knopfm., Schmölln.
 Jakob Brandenburg, Schr., Düsseldorf.
 Otto Brämig, Holzarb., Finsterwalde.
 Eduard Broszelski, Tischler, Berlin.
 August Burger, Schr., Freiburg i. V.
 Franz Cebziwoda, Tischler, Breslau.
 Karl Christ, Tischler, Jena.
 Otto Claus, Tischl., Geringswalde.
 Franz Dembinski, Tischler, Berlin.
 Karl Derfert, Magdeburg.
 Eugen Max Dehner, Drechsler, Chemnitz.
 Hermann Dieking, Ulrich.
 Otto Drude, Tischler, Rostock.
 Wilh. Edelkittel, Tischler, Harburg.
 Kurt Elsner, Holzarb., Nadeberg.
 Karl Engelmann, Tischler, Leipzig.
 Johann Engels, Hilfsarb., Düsseldorf.
 Hermann Ehold, Tischler, Leipzig.
 Robert Fahrwald, Tischl., Stettin.
 Walter Fall, Tischler, Berlin.
 Johann Fickels, langjähriger Kassierer der
 Zahlstelle Schweinfurt.
 Georg Franke, Schirnm., Hamburg.
 Paul Friedrich, Tischler, Leipzig.
 Richard Frisch, Tischler, Hannover.
 Wilhelm Gallas, Tischl., Finsterwalde.
 Karl Gebelner, Versilberer, München.
 Konrad Gerdum, Andernach.
 Hermann Gerlach, Tischler, Zeitz.
 Ludwig Gerneck, Pinselm., Nürnberg.
 Willy Gladzewski, Drechsler, Stettin.
 Otto Götner, Tischler, Jena.

Arthur Gähler, Tischler, Chemnitz.
 Ewald Graichen, Geringswalde.
 Richard Gräber, Tischl., Nadeberg.
 Bernh. Greiner, Schreiner, Nürnberg.
 Georg Groninger, Heilbronn.
 Anton Groß, Tischler, Hamburg.
 Kusimir Gulinski, Tischler, Berlin.
 Wilhelm Guder, Tischler, Straßund.
 Paul Guder, Frankenberg.
 Richard Hahn, Schreiner, Erlangen.
 Ernst Harnisch, Stodmacher, Leipzig.
 Adolf Häntgen, Stellm., Niedersiedlitz.
 Ernst Hebestreit, Tischler, Lambach.
 Bruno Heinrich, Tischler, Leipzig.
 Emil Helzig, Polierer, Schönheide.
 Paul Heinze, Tischler, Liegnitz.
 Karl Henkel, Erfurt.
 Otto Herbst, Tischler, Paderm.
 Josef Hilbert, Tischl., Bischofswerda.
 Otto Hille, Wilsdruff.
 Ernst Hilfert, Tischler, Breslau.
 Adolf Hinz, Schreiner, Lübeck.
 Ernst Höb, Schreiner, Bietigheim.
 Frh. Höhl, Weimar.
 Karl Hornung, Heidenheim.
 Friedrich Horst, Schr., Frankfurt a. M.
 Bernh. Hundeggen, Schr., Düsseldorf.
 Friedr. Janke, Drechsler, Nadeberg.
 Paul Jansch, M. A., Hamburg.
 Paul Junge, Tischler, Eilenburg.
 Karl Kannegießer, Tischler, Halle.
 Ernst Keipert, Modellt., Breslau.
 Adam Kern, Pinselm., Nürnberg.
 Alfred Kehler, Heidenheim.
 Paul Kiehlung, Pol., Waldheim.
 Oskar Klengel, Tischl., Glashütte.
 Gustav Klöpfer, Schreiner, Stuttgart.
 Richard Köhn, Bergolder, Berlin.
 Emil Krause, Tischler, Berlin.
 Adolf Krebaum, Modellt., Chemnitz.
 Andreas Kropf, Schr., Nürnberg.
 Wilhelm Krüger, Tischler, Chemnitz.
 Albert Kunze, Tischler, Göttingen.
 Max Lampe, Stuhlbaner, Waldheim.
 Michael Lang, Bleistiftarb., Nürnberg.
 Bruno Langner, Tischler, Jena.
 Emil Leonhardt, Tischler, Hamburg.
 Edwin Lippert, Knopfm., Schmölln.
 Richard Martin, Drechsler, Schweidnitz.
 Otto Masching, Drechsler, Nürnberg.
 Arthur Maubrich, Stuhl., Chemnitz.
 Franz Meinelat, Schreiner, Köln.
 W. Meerfeld, Wiesbaden.
 Franz Meiner, Tischler, Breslau.
 Richard Michaelis, Tischler, Jena.

Herm. Mittmann, Tischler, Breslau.
 Heinrich Mohr, Schreiner, Offenbach.
 Paul Mollenhauer, Tischler, Halle.
 Ernst Mollenkopf, Pader, Bietigheim.
 Otto Morawik, Stodarb., Berlin.
 Karl Münnig, Oldenburg.
 Paul Mutterlose, Modellt., Leipzig.
 Franz Mühlhan, Tischler, Nadeberg.
 Karl Müller, Tischler, Hamburg.
 Ludwig Müller, Tischler, Hamburg.
 Bruno Naumann, Frankfurt a. M.
 S. Neff, Michelstadt.
 Bruno Nehls, Polierer, Berlin.
 Paul Neudler, Stellmacher, Berlin.
 Walter Neubert, Rastau.
 Theodor Neuhäuser, Pader, Bietigheim.
 Franz Neumann, Tischler, Berlin.
 Walter Osterburg, Tischlerleben.
 Martin Perach, Tischler, Chemnitz.
 Franz Pfalzgraf, Stellmacher, Berlin.
 Herm. Philebrunn, Tischler, Berlin.
 Leonhard Pitner, Drechsler, Nürnberg.
 Philipp Pöfer, Korbmacher, Jena.
 Rudolf Polle, Drechsler, Hannover.
 Johann Pön, Schreiner, Düsseldorf.
 Ernst Puchter, Tischler, Rathenow.
 Otto Rammer, Tischler, Nadeberg.
 Frh. Reidl, M. A., München.
 Albert Rekow, Tischler, Berlin.
 Georg Remath, Tischl., Berchtesgaden.
 Frh. Renz, Tischler, Königsberg i. Pr.
 Karl Richter, Pinselmacher, Nürnberg.
 Hans Riebel, Modelltischler, Kiel.
 Franz Rieker, Tischler, Lübeck.
 Josef Risch, Drechsler, Nürnberg.
 Karl Röske, Schreiner, Stuttgart.
 Wilhelm Rüssel, Pol., Erdmannsdorf.
 Karl Rudolf Rotluff, Tischl., Chemnitz.
 Will Ruge, Tischler, Stettin.
 Erich Rüdiger, Stuhl., Geringswalde.
 Max Salzer, Tischler, Chemnitz.
 Wilhelm Sandmann, Oldenburg.
 Ernst Sattler, Tischler, Steglitz.
 Franz Sauer, M. A., Nürnberg.
 Max Schaarschmidt, Tischl., Hamburg.
 Johann Schäfer, Schr., Nürnberg.
 Max Schente, Polierer, Waldheim.
 Eugen Schilpp, Pol., Bietigheim.
 Max Schirmer, Tischler, Zeitz.
 Max Schmidt, Stuhlbaner, Waldheim.
 Gerhard Schmitz, Duisburg.
 Friedrich Schmunzamp, Parkettl., Berlin.
 Herm. Schnell, Tischler, Dortmund.
 Walter Schön, Tischler, Berlin.
 Ernst Schönfels, Söhlstadt.

Willy Schrader, Tischler, Göttingen.
 Emil Schreiber, langjähriger Bevollmächtigter der Zahlstelle Rössen.
 Franz Schröder, Polierer, Berlin.
 Bruno Schuchardt, Pol., Waldheim.
 Alb. Richard Schubert, Tischl., Chemnitz.
 Heinrich Schwarz, Münder a. D.
 Frh. Schwent, Schr., Düsseldorf.
 Max Seidemann, Knopfm., Schmölln.
 Max Oswald Seligmann, Chemnitz.
 Ernst Senf, Modelltischler, Jena.
 Karl Sorg, Friedrichshafen.
 Anton Söderlund, Tischler, Hamburg.
 Georg Söder, Oldenburg.
 Wilhelm Stat, Schr., Bietigheim.
 Heinrich Stange, Tischler, Hannover.
 Oskar Sterzel, Rastau.
 Johann Stidel, Drechsler, Stuttgart.
 Georg Stiller, Bildhauer, Nürnberg.
 August Strobel, Knopfm., Schmölln.
 Heinrich Stuhlmann, Tischler, Berlin.
 Gustav Teuchert, Tischler, Halle.
 Georg Teufel, Schreiner, Nürnberg.
 August Thiele, Potsdam.
 Max Thier, Tischler, Zeitz.
 Johann Titus, Pinselm., Nürnberg.
 Max Trapp, Tischler, Hamburg.
 Ludwig Tröner, Schreiner, Düsseldorf.
 Max Tschene, Tischler, Breslau.
 Max Unger, Schönheide.
 Karl Vogel, Stellmacher, Hamburg.
 Frh. Vogler, Knopfmacher, Kelbra.
 Waldemar Wial, Modelltischler, Jena.
 Carl Vorbrodt, Tischler, Hannover.
 Friedrich Wöhl, Tischler, Hannover.
 Wilhelm Wöhl, Tischl., Lützenwalde.
 Emil Wöhl, Wilsdruff.
 Johann Wager, Schreiner, München.
 Ernst Wähler, Klosterfelde.
 Albert Weber, Schreiner, München.
 Walter Wenzlaff, früher Bevollmächtigter
 der Zahlstelle Lauenburg i. B.
 Wilhelm Werdin, Tischler, Stettin.
 Gustav Wergin, Tischler, Stettin.
 Paul Werz, Kavierarb., Berlin.
 Hinrich Westphal, Tischler, Elmshorn.
 Ernst Wilmann, langjähriger Kassierer der
 Zahlstelle Schweinfurt.
 Herm. Wittkowski, Polierer, Berlin.
 Emil Zornide, Polierer, Berlin.
 Walter Zetsche, Tischler, Jena.
 Otto Zimmermann, Königsberg i. Pr.
 Richard Zint, Stuhl., Geringswalde.
 Anton Zugmaler, Friedrichshafen.
 Chreihrem Andenken!

verein empfohlen. Die vom Kartellvorstand angeregte Gründung eines neuen Bau- und Sparvereins konnte er nicht empfehlen, da eine solche Gründung bei der Geldbeschaffung größeren Schwierigkeiten begegnen würde. Wenig empfehlenswert ist der neue Verein „Eigenheim“, weil in ihm die Spekulationslust zu sehr in den Vordergrund tritt. In der Wohnungsfrage waren sich die Kollegen darin einig, daß die Bau- und Sparvereine nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten. Man müßte vielmehr den Staat dafür heranziehen. Aus dem Kartell wurde noch berichtet, daß die den Angestellten des Kartells bewilligte Gehaltserhöhung nach dem Vorfall in der „Düsseldorfer Volkszeitung“ rückgängig gemacht wurde. Der Umstand, daß sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in den Besitz der „Volkszeitung“ gesetzt hat, gab Anlaß zu einer regen Auseinandersetzung. Man ist im allgemeinen der Meinung, daß es dadurch zu einer Spaltung in den Gewerkschaften kommt, verursacht durch das Gebahren der Angestellten der verschiedenen Verbände und des Arbeiterssekretärs, die dabei mitgeholfen haben, während Düsseldorfs freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zum allergrößten Teil der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehört. In der lebhaftesten Aussprache wurde auch die Schreibweise der „Holzarbeiter-Zeitung“ in Betracht gezogen und ein Antrag angenommen, der besagt, daß jedwede einseitige Propaganda zugunsten einer Parteirichtung zu unterbleiben habe. Durch die einseitige Schreibweise würde der Zwiespalt noch mehr in die Gewerkschaften getragen, während es mehr als je erforderlich sei, eine geschlossene Arbeiterschaft für die zu erwerbenden wirtschaftlichen Kämpfe zu erhalten. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß die Kollegen der Firma Schnitzgen wegen der Bezahlung des Samstags vor Oftern beim Gewerbegericht eine Klage eingereicht haben. Die Kollegen verlangen für diesen Tag, den sie feiern mußten, 70 Prozent ihres Verdienstes, während die Firma nur die Prozente vom Lohn zahlen will. Die Entscheidung über diesen Rechtsstreit steht noch aus.

Lauterberg a. Harz. Hier gibt es noch eine ganze Anzahl von Holzarbeitern, die bei den jetzigen teuren Lebensbedingungen noch mit 40 bis 45 Pf. pro Stunde entlohnt werden. Zum großen Teil liegt aber die Schuld an den Kollegen selbst. Trotz aller Bemühungen der Verwaltung unseres Verbandes sind die Kollegen nicht dazu zu bewegen, unseren Bestrebungen etwas mehr Interesse entgegenzubringen. Die Kollegen sind der Meinung, wenn sie nur ihre Beiträge zahlen, so haben sie ihre Pflicht als Verbandmitglieder erfüllt. Aber an der so notwendigen Mitarbeit der Kollegen fehlt es in unserer Zahlstelle, wo noch so vieles für die Organisation gemacht werden muß. Besonders der Besuch der Mitglieder-versammlungen läßt viel zu wünschen übrig. Daß dies nicht so weitergehen kann, müssen die Kollegen doch endlich einmal einsehen. Mühen wie doch vor allen Dingen die jetzigen Zeitverhältnisse dazu beanhen, uns für die zu erwartenden schwierigen Verhältnisse während der Uebergangswirtschaft zu rüsten. Darum müssen wir dafür sorgen, daß jeder Kollege in den Versammlungen erscheint, und daß jeder mitarbeitete an dem Ausbau unserer Organisation. Jedenfalls aber, die heute dem Deutschen Holzarbeiter-Verband noch fernstehen, möchten wir zurufen: Kommt in den Verband!

Unsere Lohnbewegung.

In Schmölln und Götting haben die Knopfabrikan ten der Arbeiterschaft auf ihre Eingabe um Erweiterung der Teuerungszulagen von 30 Prozent 15 Prozent vom 12. April an und weitere 5 Prozent vom 1. Juni an zugewilligt, so daß nach diesem Termin die gesamte Teuerungszulage bei der Steinnußknopfabrik 50 Prozent und bei der Hornknopfabrik 40 Prozent beträgt. Außerdem wurden den An- und Ausbohrern der Steinnußknopfabrik die Grundpreise (Sätze des Lohns) erhöht, was für diese Berufsgruppen noch eine weitere Zulage von reichlich 10 Prozent ausmacht.

Gewerkschaftliches.

Die Unabhängigen und die Gewerkschaften.
 Vermutlich durch den Beschluß der Stuttgarter Unabhängigen veranlaßt, welche eine „politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation“ als erstrebenswert betrachten und eine Kommission mit der Schaffung einer „neuen gewerkschaftlichen Kampforganisation“ beauftragt haben, hat die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei folgende Bekanntmachung erlassen:
 „Die Gewerkschaftsbureaucratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfershelferin der Regierungspolitik betätigt, eine starke Mißstimmung in Gewerkschaftskreisen hervorgerufen.
 Vielfach wird darüber geklagt, daß Gewerkschaftsführer selbstherrlich auftreten und die Selbstständigkeit der Mitglieder mißachten.
 Die dadurch erzeugte Unzufriedenheit der Mitglieder darf aber nicht dazu führen, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und neue Gewerkschaften zu bilden. Die Mitglieder haben vielmehr innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialistischem Geist erfüllt werden.“
 Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Zentralleitung der Unabhängigen die Spaltung der Gewerkschaften nicht wünscht. Wir wollen auch hoffen, daß die Unabhängigen in Stuttgart und in anderen Städten, wo ähnliche Gedanken propagiert wurden, der Verfügung ihrer Zentralleitung Rechnung tragen. Bei der grundsätzlichen Opposition gegen die „Instanzenpolitik“, die bei den Unabhängigen eine große Rolle spielt, ist es allerdings nicht absolut sicher, daß solche kategorischen Verfügungen der oben „Instanzen“ auf allseitige willige Beachtung rechnen können.
 Die Verfügung ist übrigens deutungsfähig. Wir wollen annehmen, daß die Zentralleitung von der Erkenntnis ausgegangen ist, daß angesichts des sich verschärfenden Gegensatzes zwischen Unternehmern und Arbeitern und angesichts der mit großer Wahrscheinlichkeit nach dem Kriege zu erwartenden schwereren wirtschaftlichen Auseinandersetzungen eine geschlossene und einheitlich operierende gewerkschaftliche Organisation ein dringendes Erfordernis für die Arbeiterschaft ist. Die Spaltung der Gewerkschaften bedeutet eine

Lähmung ihrer Kraft. Durch sie würde die Niederlage der Arbeiter in den kommenden Wirtschaftskämpfen von vornherein festgelegt.
 Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Zentralleitung der Unabhängigen in ihrer Bekanntmachung mit einem Wort auf dieses Moment hingewiesen hätte. Der Wortlaut der Verfügung erweckt leicht den Anschein, als käme es ihren Verfassern weniger auf die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben an, als auf den sozialistischen, das heißt natürlich den „unabhängig sozialistischen“ Geist, von dem sie erfüllt werden sollen.
 Der sozialistische Geist, der in den Gewerkschaften herrschen soll, in Ehren. Er wird aber nicht dokumentiert durch politische Diskussionen und durch den Streit über die beste Art der Betätigung sozialistischer Gedanken in der Tagespolitik. Der Aufgabenkreis der Gewerkschaften ist anders abgegrenzt. Sie haben praktische Arbeiterpolitik zu treiben. Ihr Zweck ist es, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter so günstig wie möglich zu gestalten und durch die Beeinflussung der Sozialpolitik das Wohlergehen der Arbeiterschaft zu fördern. Je energischer sie sich auf diesen Gebieten betätigen, um so mehr werden ihre Mitglieder von sozialistischem Geist erfüllt. Einem sozialistischen Geist allerdings, der frei ist von engherzigem Fraktionsstreit. Für diesen Fraktionsstreit können die Gewerkschaften neutraler Boden sein, auf dem die Anhänger der verschiedenen Fraktionen gemeinsam zusammenarbeiten zum Wohle der Arbeiterschaft.
 Ebensovienig wie nach der religiösen fragt die Gewerkschaft nach der politischen Anschauung ihrer Mitglieder. Auf diese Toleranz haben auch die vertehrten Führer der Gewerkschaften Anspruch. Sie können verlangen, daß ihre Tätigkeit nur unter dem Gesichtspunkt geprüft wird, ob sie der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dient. Die Zentralleitung der Unabhängigen ist einseitig politisch im Fraktionsgeist orientiert und betrachtet deshalb die Dinge durch ihre besondere Brille. Sie, auf die die Bezeichnung als einer Bureaucratie mit dem gleichen Recht angewendet werden kann, mit welchem sie diese Bezeichnung im verächtlichen Sinne auf die Leitung der Gewerkschaften anwendet, hat kein Verständnis für die Bestrebungen der Gewerkschaften. Sie hat sich große Ziele gesetzt und glaubt, erhaben auf die Gewerkschaften herabzublicken zu können, die, weil sie praktische Arbeit leisten, nur schrittweise vorwärtkommen. Die auch um kleine Vorteile kämpfen und eine Rechnung mit Neunigen führen.
 Wo solche Anschauungen herrschen, da ist eine gerechte Würdigung der Gewerkschaftsarbeit und eine vorurteilsfreie Betrachtung der Leistungen ihrer Führer nicht zu erwarten. Von den Mitgliedern der Gewerkschaften darf man aber voraussetzen, daß sie für die Tätigkeit ihrer Führer den richtigen Maßstab finden, und daß sie sich durch eine momentane Berärgerung den Blick nicht trüben lassen. Völlig verkehrt wäre es, den Arbeitern zu predigen, daß sie sich mit der Arbeit in den Gewerkschaften begnügen sollen. So notwendig diese Arbeit ist, so kann sie doch allein den vorwärtkenden Arbeiter nicht befriedigen. Neben dem Tageskampf um ein größeres Entgelt hat er höhere Ziele. Er muß sich auch politisch betätigen. Dafür bieten ihm die

politischen Organisationen Raum. Die Gewerkschaften sind aber nicht der Boden, auf dem politische Meinungsverschiedenheiten ausgefochten werden können, und man darf die Gewerkschaften nicht sprengen wollen, wenn ihre Mitglieder in politischen Einzelfragen verschiedener Meinung sind. Deshalb begrüßen wir, unbestimmt um die Nebenabsichten, die etwa damit verfolgt werden, die Kundgebung der Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, soweit sie ihre Anhänger ermahnt, den Gewerkschaften treu zu bleiben.

Ein Jubiläum des Buchbinder-Verbandes.

Der Buchbinder-Verband konnte am 1. Mai ein Jubiläum feiern; es waren 25 Jahre verflossen, seitdem der geschlossene Zentralverband der Buchbinder ins Leben trat. Vorher bestand der Verband aus einer ziemlich losen Verbindung örtlicher Vereine, die ihre Einrichtungen völlig selbstständig regelten und nur einen Monatsbeitrag von zuletzt 50 Pf. pro Mitglied an die Zentralleitung abliefern. Dafür wurde den Mitgliedern die „Buchbinder-Zeitung“ geliefert. Auf dem im Februar 1893 abgehaltenen Verbandstag wurde beschlossen, die Organisationsform dahin zu ändern, daß ein geschlossener Zentralverband gegründet wurde, der am 1. Mai 1893 ins Leben trat. Damals zählte der Verband 2528 Mitglieder, und er besaß ein Vermögen von 14 887 Mk. Bei der Verbandsgründung wurde auch, trotz der starken Bedenken des Verbandsvorsitzenden, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Der Buchbinder-Verband war eine der ersten Gewerkschaften, die sich zu diesem Schritt entschloß, der in der Folgezeit von fast allen Gewerkschaften gegangen wurde. Der Verband war bis zum Kriegsausbruch auf 32 381 Mitglieder angewachsen. Der Krieg brachte auch ihm eine starke Erschütterung, doch hat er seinen tiefsten Stand bereits überwunden; er zählte am Schluß des ersten Quartals wieder 20 371 Mitglieder. Seit 25 Jahren gehören dem Verband 330 Mitglieder, darunter 2 weibliche, an, die im Verbandsorgan namentlich aufgeführt werden.

Ein Reichstarif für die Schuhindustrie.

Schon seit einiger Zeit besteht ein Reichstarif für Militärschuhwerk; nunmehr ist auch ein Reichstarif für Zivilschuhwerk zwischen den beteiligten Organisationen abgeschlossen worden, der am 15. April in Kraft tritt und bis zum 30. April 1920 gilt. Der Tarif legt die Arbeitszeit auf höchstens 54 Stunden fest. Für die Söhne sind fünf Ortsklassen gebildet und außerdem richtet sich der Lohn nach dem Lebensalter der Arbeiter. Der Wochenverdienst der Akkordarbeiter muß um mindestens 20 Prozent, der der weiblichen Arbeiter um mindestens 10 Prozent höher sein als der Mindeststundenlohn ihrer Altersstufe und Ortsklasse. Zu den Löhnen kommt eine Kriegszulage von 20 Prozent und eine Zeurungszulage, die nach dem Alter 1,50 Mk. bis 4 Mk. pro Woche beträgt. Außerdem wird für jedes Kind bis zu 15 Jahren ein Zuschlag von 1 Mk. wöchentlich gezahlt. Die Ortszuschläge in den höheren Ortsklassen betragen 5 bzw. 10, 15 und 20 Prozent des Grundlohnes, der für die unterste Ortsklasse gilt. Die Lieferung der Furnituren ist durch den Vertrag einer Neuregelung unterzogen. Weiter enthält der Vertrag Bestimmungen zur Einschränkung der Heimarbeit. Vorgezogen ist die Einhebung von Arbeiteranschlüssen und Schlichtungskommissionen sowie einer Zentraltarifkommission. — Nachträglich wird bekannt-

gegeben, daß der Reichstarif für Zivilschuhwerk erst am 1. Mai in Kraft gesetzt werden konnte, da zuvor der Ueberwachungsanspruch für die Schuhindustrie einen Kommentar dazu ausgearbeitet hat.

Im Dachdecker-Verband wurde über die Neuregelung der Beiträge auf den Sonntagen entschieden. Sämtliche Gantage haben sich fast einstimmig dahin entschieden, daß der Wochenbeitrag auf die Höhe eines Stundenverdienstes festgesetzt wird. Das bedeutet eine zum Teil recht erhebliche Beitragssteigerung. Nach einer Bekanntmachung des Verbandsvorstandes werden die neuen Beiträge vom 25. Mai an erhoben.

Im Fleischer-Verband hat sich eine Konferenz der Gauleiter und der Vertreter großer Zahlstellen für die Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen ausgesprochen. Der Verbandsvorstand unterbreitet nunmehr den Mitgliedern eine Vorlage zur Urabstimmung, nach welcher Staffelp Beiträge eingeführt werden sollen. Es sind fünf Beitragsklassen vorgesehen mit einem Wochenbeitrag von 30 Pf. bis 1 Mk.

Der Schneider-Verband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 beträchtlich gesteigert. Zwar ist die Zahl der männlichen Mitglieder von 13 326 auf 12 547 zurückgegangen, wobei aber zu beachten ist, daß mehr als 2200 im Laufe des Jahres eingezogen wurden. Aber die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 7972 auf 12 923. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl von 21 298 auf 25 470. Weniger günstig ist der Kassenabluß der Verbandskasse. Bei 451 081 Mk. Einnahmen betragen die Ausgaben 505 642 Mk., so daß der Kassenbestand von 971 511 Mk. auf 916 642 Mk. sank.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Karl Marx. Eine Monographie von M. Beer. Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Preis 4 Mk., gebunden 5 Mk.

Das vorliegende Buch ist eines der Werke, die aus Anlaß des 100jährigen Geburtstages von Karl Marx erschienen sind. Der Verfasser, der lange Zeit in London gelebt und sich durch seine Arbeiten als guter Kenner des Sozialismus erwiesen hat, gibt hier einen knappen, aber doch gehaltreichen Abriss von der Lehre Marx'. Er versteht es, durch einen frischen Ton und lebendige Sprache auch den weniger erfahrenen Leser in die Marxsche Gedankenwelt einzuführen, dabei wird Marx' Persönlichkeit durch Eingehen auf sein privates und sein Familienleben menschlich nähergebracht. Eine Reihe von Abbildungen erhöht den Wert des Buches.

In Freien Stunden. Von dieser illustrierten Wochenschrift liegt wieder ein fertiger Band, der zweite des Jahres 1917, vor. Es ist ein stattliches Buch von über 600 Seiten, reich an Text und Bildern. An erster Stelle sind zwei Romane zu nennen: „Aus eigener Kraft“ von Valentin Traudt und „Die Kohlenbrenner“ von dem Dänen Zacharias Nielsen. Der starke Eindruck beider Romane wird erhöht durch künstlerische Illustrationen, die der Münchener Maler Professor Jos. Damberger für die „Freien Stunden“ zeichnet. Ein gutes Duzend kleinerer Erzählungen, zum Teil humoristischer Natur, schließen sich an, und mehr als zwanzig Aufsätze der verschiedensten Art, deren Mehrzahl von er-

fäulternden Abbildungen begleitet ist, sorgen für die Belehrung des Lesers. Daneben finden sich zahlreiche Gedichte und eine Fülle interessanter Notizen aus allen Wissensgebieten, ferner Anekdoten, Sinnsprüche, Zitate, Rätsel und die immer wiederkehrende Rubrik „Scherz und Satire“, die in Bild und Wort der Aufheiterung dient. Alles in allem ein in jeder Hinsicht vielseitiges Buch, für Arbeiterleser geschaffen und wohl dazu angetan, der stetig steigenden Leserszahl der Wochenschrift „In Freien Stunden“ wieder neue Abonnenten zuzuführen. Der Preis des Bandes beträgt 8 Mk. Neue Abonnenten für die Wochenhefte können jeder Zeit eintreten.

Zur Erinnerung an 1848. Gedenkworte am 70. Jahrestage. Von Dr. Max Adler. Verlag der Wiener Volkshandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI. Preis 30 Heller.

Im Frieden, Freiheit und Recht. Unter diesem Titel im Auftrage des österreichischen sozialdemokratischen Parteivorstandes im Verlag von Ignaz Brand u. Co., Wien V. eine 61 Seiten starke Schrift erschienen, die über die Ursachen, den Verlauf und das Ende des österreichischen Massestreiks im Januar dieses Jahres berichtet. Der Preis der Schrift beträgt 1,50 Kronen, Vereinsausgabe 80 Heller.

Garten, Gärten, Feld. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierzüchter und Tierfreunde, Haus und Familie. Französische Verlagshandlung, Stuttgart. Vierteljährlich 6 Hefte. Vierteljahrspreis 1 Mk.

Technik für Alle. Technische Monatshefte für Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. 8. Jahrgang (1917/18). Jedes Heft enthält einige größere Abhandlungen und eine Reihe kleinerer Artikel über technische Fortschritte und Erfindungen, meist reich mit Bildern geschmückt. Preis vierteljährlich 1,45 Mk. (Stuttgart) Verlag der „Technik für Alle“, Französische Verlagshandlung.

Zentralkranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, ausschließlich aller Berg- und Erzarbeiter, in Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.) (Früher Eingeschriebene Hilfskasse 3 in Hamburg.)

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Vorstand der Kasse beruft hiermit die nächste Generalversammlung auf den 30. Juli 1918 und folgende Tage nach Würzburg ein.

Tagesordnung:

1. Berichte der Mandatsprüfungskommission.
2. Berichte: a) des Aufsichtsrats, b) des Vorstandes und des Hauptkassierers, c) des Schiedsgerichts, d) der Kassenprüfungskommission.
3. Satzungsänderung.
4. Wahl und Bericht der Haushaltungskommission.
5. Bericht und Beschlussfassung über eingegangene Beschwerden.
6. Wahlen: a) des Sitzes und der Mitglieder sowie der Erfahrmänner für den Aufsichtsrat, b) der Vorstandsmitglieder und deren Erfahrmänner, c) des Schiedsgerichts und der Erfahrmänner.
7. Erledigung sonstiger Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.
J. A. G. Blume, Vorsitzender.

gestorbene Mitglieder.

Holzf. Götze, Schreiner, gest. in Dietrichheim.
 Alfred Klein, Tischler, 31 Jahre, gest. in Radeberg.
 Emilie Wendt, Korbarbeiterin, 58 J., gest. in Mühlberg a. d. Elbe.
 Elise Trottman, Fleischerarbeiterin, 42 Jahre, gest. in Nürnberg.
 Simon Fink, 48 Jahre, gest. in Karlsruhe.
 Bernh. Auriß, 57 Jahre, gest. in Karlsruhe.
 Karl Kleemann, Tischler, 60 Jahre, gest. in Halle a. d. S.
 Emil Kaiser, Maschinenarbeiter, 59 J., gest. in Glaschütze.
 Edward Saager, Tischler, 62 Jahre, gest. in Stuttgart.
 Josef Stöcker, Drechsler, 51 Jahre, gest. in Nürnberg.
 Otto Schäfer, Korbmacher, 73 Jahre, gest. in Brunnshausen.
 Wilhelm Barthel, Stuhlbauer, 58 J., gest. in Waldheim.
 Ehre ihrem Andenken.

Geleiteter Handwerker gesucht. Zimmermann, Böschener oder dergl., der in großer Holzbearbeitungs-
Meisterposten auf dem Platz selbstständig und zuverlässig, für Bau- und Tischlerarbeiten, hat et. Stellung. Gef. Angebote mit Lebensbeschreibung erbeten. Emil Grimm & Co. G. m. b. H., Domshausen, Stralitz (Merktg.).

1 Tischler, selbstständig und zuverlässig, für Bau- und Tischlerarbeiten, hat et. Stellung. Gef. Angebote mit Lebensbeschreibung erbeten. Emil Grimm & Co. G. m. b. H., Domshausen, Stralitz (Merktg.).

einige tüchtige Tischler
 Gebr. Seifig, Hamburg, Altonaerstraße 7, II.

Wir suchen einen in jeder Beziehung tüchtigen **Zuschneider** für Möbel, der in seinem Fache Hervorragendes leistet. Niederbayerische Möbel-fabrik, München am Deister.

Drechsler für rund u. viereckig gesucht.
 Schmidt & Hochstetter, Leisnig.

Stocharbeiter, Zusammenpasser, Feiler, Schleifer sowie Polierer sucht Alphonse Ludwig & Co., Stoßfabrik, Berlin S., Gubener Straße 47.

Tüchtigen Beizer für Durchbeizererei sucht Stoßfabrik C. & A. Redlich, Berlin SW., Ritterstraße 75.

Tüchtige Polierer auf Spazierstöcke gesucht C. & A. Redlich, Stoßfabrik, Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

4 Korbmacher auf 98er Geischoßkörbe gesucht.
 Zehlfelle Hannover-Binden.

4 tücht. Korbmacher auf Drillingsgefelle und 98er sofort gesucht. R. Solzinger, Geischoßfabrik, München, Augustenstraße 106.

Tüchtige Bürstenmacher zum Wischen und Einziehen sucht Roghaarzucht- und Lederhaus Brud. & Kappel, G. m. b. H., Frankfurt (Schleifen).

Holzspannennagler, der auch aufschneid. den kann, sofort gesucht. Koppin, Herzfelde (Kr. Niederbarnim).

Leim kauft jedes Quantum
 Bernh. Fischer Ww., Herford.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD
 Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Besitzt 1000 vollen Kisten- u. 200000 Füllholz-Becken. Anstalt durch die Direktoren A. Koppin u.

Natürl. Größen **Eiserne Klammern** aus 1/4 mm starkem Material haben abzugeben
Funcke & Brüninghaus Metallwarenfabrik
Lüdenscheid (Westfalen).
70 cbm rechteckige Holzklöße, 10 cm stark, etwas Baumkante gestattet, für Fabrikfußboden, auch Teilmengen, gesucht.
 W. Lüders, Wernigerode (Harz).

Alters wegen ist in einer Großstadt Mitteldeutschlands eine seit achtzehn Jahren mit bestem Erfolg betriebene **Schreinerei und Glaserei** samt Grundstück zu verkaufen.
 Die Liegenschaft besteht aus zwei Vorderhäusern (vierstöckig) nebst einem großen Hinterhaus mit Werkstatt und vier Wohnungen. Dieselbe ist in zukunftsreichem Stadtviertel gelegen und rentiert so, daß der Besitzer neben freier Wohnung u. Werkstatt noch einen bedeutenden Barüberschuß hat. — Offerten unter V. W. 14470 an Haasenstein & Vogler A.-G., Frankfurt am Main.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schulverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 20. April, bis Freitag, 26. April 1918.
 A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen, B = Offene Arbeitsstellen, C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbelmacher			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt			
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin	7	48	59	70	27	67	13	29	1	4	80	103	187	4	12	321						
Fremden	—	—	2	—	—	2	—	—	—	—	210	—	4	12	—	—						
Breslau	—	2	1	—	8	1	—	5	2	1	4	—	—	—	—	212	1	3	31	5	—	—
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	4	—	—	3	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenburg	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	2	3	—	—	8	51	—	—	2	4	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	2	—	—	—	2	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	9	11	49	74	85	71	29	69	16	8	29	2	4	4	90	24	112	220	118	53	—	—
tot. Woche	8	11	46	60	100	89	27	73	12	10	36	5	3	5	103	12	115	215	119	58	—	—

NE. Unfert Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.